



## Pressestatement

---

BDI-Pressekonferenz zum Jahresauftakt

13. Januar 2016

10:30 Uhr

BDI, Haus der Deutschen Wirtschaft, Breite Straße 29, 10178 Berlin

Raum 1.002/1.006 (BDA/BDI)

Ulrich Grillo

BDI-Präsident

---

Es gilt das gesprochene Wort.

**Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.**  
Mitgliedsverband  
BUSINESSEUROPE

*Hausanschrift*

Breite Straße 29  
10178 Berlin

*Postanschrift*

11053 Berlin

*Telekontakte*

T: 030 2028-1511

F: 030 2028-2511

*Internet*

[www.bdi.eu](http://www.bdi.eu)

*E-Mail*

A.Mihm@bdi.eu

Wir präsentieren unseren Jahresausblick in einer unübersichtlichen Situation. Die geopolitischen Krisen der vergangenen Monate haben Europa und die Welt schlagartig verändert: vom Krieg in Syrien über die Flüchtlingswelle, den Terror von Paris und Istanbul bis zur jüngsten Eskalation in der Golf-Region.

Damit entstehen im Export- und Auslandsgeschäft unserer Unternehmen neue Risiken. Möglicherweise beeinflussen diese Ereignisse auch die Zuversicht der Verbraucher. Diese können auch auf die gesamtwirtschaftliche Lage durchschlagen.

Zunächst zu den wirtschaftlichen Fakten: Sie bleiben erfreulich. Die deutsche Industrie erwartet trotz anhaltender Risiken ein stabiles Wirtschaftswachstum. Insgesamt rechnet der BDI mit einer realen Zunahme der Wirtschaftsleistung von knapp zwei Prozent in diesem Jahr. Die Erholung in Europa dürfte sich weiter festigen.

Die positive inländische Entwicklung ist vom Arbeitsmarkt getrieben. Die Beschäftigung steigt weiter – aktuell mit nahezu 43 Millionen Erwerbstätigen – auf einen neuen Höchststand. Insgesamt legte die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze 2015, d. h. in einem einzigen Jahr, um mehr als 700.000 zu – das ist ein Plus von 2,3 Prozent. Die gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dürfte in diesem Jahr weitergehen.

Daher wachsen die realen Einkommen der privaten Haushalte weiter kräftig. Dies treibt auch die privaten Investitionen an – die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge leicht, die Bautätigkeit sogar etwas stärker.

Dennoch bleibt der Aufschwung stark vom Verbrauch getrieben. Zwar ist die Konsumlaune der Verbraucher erfreulich. Aber sie hängt ab von Sonderfaktoren: Ursache des Booms sind günstige Ölpreise, historisch niedrige Zinsen und ein schwacher Euro. Wer weniger Geld fürs Tanken und Heizen braucht und fürs Sparen nicht belohnt wird, der gibt eben mehr Geld aus.

Nachhaltig ist dieser Trend nicht. Vor allem darf er kein Ruhekitzchen für unsere Politik sein. Auch wenn unsere Volkswirtschaft in diesem Jahr um knapp zwei Prozent wächst, brauchen wir Antworten auf die gewaltigen Herausforderungen, vor denen unser Standort steht.

Die Bundesregierung hat es in der ersten Hälfte der Legislaturperiode verpasst, unser Land wirtschaftlich stärker zu machen. Ich bin besorgt, dass diese Regierung vor lauter Krisenmodus wegen der Flüchtlingsfrage für andere Herausforderungen blind bleibt. Und angesichts weiterer Steuereinnahmen auf Rekordhöhe in Selbstgefälligkeit erstarrt. Zumal die geopolitische Unsicherheit ungewöhnlich hoch ist, die Schwellenländer schwächeln – selbst das erfolgsverwöhnte China.

Diese neue Unübersichtlichkeit beeinträchtigt unsere Wirtschaft zunehmend: Die Investitionsquote bleibt hierzulande hinter ihren Möglichkeiten. Zumal hausgemachte Unsicherheit dazukommt – ich nenne stellvertretend nur die Energiewende und die Erbschaftsteuer.

Was muss sich also in diesem Jahr ändern? Der BDI sieht drei zentrale Handlungsfelder: **Erstens mehr Investitionen – öffentlich und privat.** Wir erwarten von der Bundesregierung eine Politik für mehr öffentliche und private Investitionen. In der zweiten Hälfte ihrer Legislatur muss die Investitionsoffensive endlich in die Gänge kommen. Sie muss rasch starke Impulse für die Zukunft setzen – bei der Energiewende, für die Digitalisierung und im Verkehr.

Dem steht die Integration der Flüchtlinge keineswegs entgegen. Ich warne davor, im beginnenden Wahlkampf Integrationskosten und Investitionskosten gegeneinander aufzurechnen. Zumal für die Integration von Flüchtlingen ebenfalls Vorlaufinvestitionen des Staates erforderlich sind. Beides muss prioritär sein, beides funktioniert parallel. Von beidem hängt die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ab. Übrigens ohne Steuern zu erhöhen oder die schwarze Null in Frage zu stellen.

Kurzfristig werden die Ausgaben für Neuankömmlinge die Konjunktur sogar ankurbeln. Mittelfristig entstehen für unser Land durchaus Chancen durch überwiegend junge und ehrgeizige Menschen. Aber wir wissen noch zu wenig über ihre Qualifikation. Klar ist: Es wird dauern, viele Flüchtlinge mit dem Betriebssystem Deutschland vertraut zu machen und in den Arbeitsmarkt zu bringen. Der Staat muss massiv in die Integrationsinfrastruktur investieren, den Spracherwerb viel stärker fördern, ausreichend Wohnraum schaffen. Und die Politik muss unseren Unternehmern dabei helfen, Flüchtlinge schneller einzustellen.

Natürlich muss die Politik auch dafür sorgen, dass Recht und Gesetz in Deutschland sowie Sitten und Gebräuche von allen Menschen, die hier leben wollen, strikt eingehalten werden. Wer das nicht möchte, muss woanders leben.

Ein offenes Ohr und mehr Besonnenheit im politischen Handeln erwarten wir **zweitens in der Energie- und Klimapolitik**. Hier stehen Entscheidungen über die Zukunft des Emissionshandels und die nächsten notwendigen Schritte bei der Energiewende an. Deutschland muss wettbewerbsfähig bleiben – auch bei der Energiewende und mit dem klaren Bekenntnis zum Klimaschutz.

Mit der Pariser Klimakonferenz ist es gelungen, die Tür für die Klimadiplomatie weiter offen zu halten. Aber das Abkommen bleibt hinter dem zurück, was nötig wäre, um angemessene Klimaschutzanstrengungen fair und verbindlich umzusetzen. Nun muss der Prozess weitergehen, insbesondere auf Ebene der G20-Staaten. Dies ist das richtige Format, weil die großen CO<sub>2</sub>-Emittenten zusammen am Tisch sitzen, auch die starken Schwellenländer. Spätestens im kommenden Jahr wartet hier auf die deutsche G20-Präsidentschaft eine große Aufgabe.

Ziel ist es, mit dem bis dahin reformierten Europäischen Emissionshandelsystem als Vorbild weltweit vergleichbare CO<sub>2</sub>-Preissysteme einzuführen. Ich bin zuversichtlich, dass die Attraktivität dieses Instrumentes wächst. Es stellt sicher, das Klima wirklich effizient und damit klug zu schützen. Wir

beteiligen uns als BDI sehr aktiv daran, den Emissionshandel zu stärken und wetterfest zu machen. Aber dieses Emissionshandelssystem muss eben weltweit eingesetzt werden. Sonst vertreiben wir die CO<sub>2</sub>-effiziente Industrie aus Deutschland und Europa in die Schwellenländer, wo sie beim gleichen Output viel mehr CO<sub>2</sub> erzeugen. Die Stahlindustrie ist hier ein gravierendes Beispiel.

Auf EU-Ebene müssen wir also aktiv bleiben – ohne auf nationaler Ebene aktivistisch zu werden: Es gibt das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020, zudem den Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz. Jetzt wird ein weiterer nationaler Klimaschutzplan 2050 vorbereitet. Hier sage ich: Vorsicht! Wir müssen Augenmaß bewahren und gerade erst eingeführte Instrumente auch wirken lassen.

Das Pariser Abkommen gibt keinen Anlass, die ausgesprochen ehrgeizigen deutschen Klimaziele noch einmal zu verschärfen. Wir sind bereits Vorreiter. Innerhalb des europäischen Emissionshandelssystems sind nationale Vorstöße, etwa im Hinblick auf Kohlekraftwerke, sinnlos. Jede in Deutschland gesparte Tonne CO<sub>2</sub> wird sofort anderswo in der EU entsprechend mehr emittiert. Wir dürfen nicht vom Vorreiter zum Einsiedler werden. Das Ziel der Bundesumweltministerin, bis 2050 komplett auf die Energieerzeugung aus den fossilen Energieträgern Kohle, Öl und Gas in Deutschland zu verzichten, ist illusorisch. Die deutsche Industrie kann nicht mit Nachtspeicher-Aggregaten betrieben werden. Ein nationaler Alleingang wäre klimapolitisch wirkungslos und wirtschaftlich schädlich.

Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Die Zukunft der Kohle in Europa ist grundsätzlich begrenzt. Schon in den vergangenen Jahren hat niemand in Deutschland oder Mitteleuropa mehr neue Kohlekraftwerke geplant. Daher ist es wichtig, einerseits das EU-Emissionshandelssystem weiterzuentwickeln und dies andererseits durch effektive nationale Klimapolitik in anderen Sektoren zu ergänzen, etwa bei Gebäuden. Es ist ein Armutszeugnis, dass es die Politik nach so vielen Jahren Diskussion nicht schafft, steuerliche Anreize zu verabreden. Und das, obwohl allein die Gebäude in unserem

Land für 40 Prozent des Energieverbrauches und rund ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen stehen.

**Drittens** muss die Regierung **in der Steuerpolitik** alles tun, um die Position von deutschen Unternehmen im globalen Wettbewerb zu stärken. Wir dürfen uns steuerpolitisch nicht isolieren, im Gegenteil: Wir müssen unseren Unternehmen auch steuerpolitisch helfen, im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Das bedeutet insbesondere die Vermeidung von Doppelbesteuerung und bessere steuerliche Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung. Es kann nicht sinnvoll sein, Zukunftsinvestitionen in Deutschland gegenüber denen in Frankreich oder dem Vereinigten Königreich steuerlich zu benachteiligen. Das würde die Unternehmen und den deutschen Standort dauerhaft schwächen. Wir müssen den Wettbewerb der Standorte steuerpolitisch annehmen. Sonst verlieren wir unsere Innovationskraft.

Natürlich erwarten unsere Familienunternehmer eine faire, klare und praxisnahe Lösung für die Erbschaftsteuer. Die Verantwortung der Politik ist enorm: Bis 2019 steht in über 40 Prozent der eigentümer- und familiengeführten Unternehmen eine Übertragung von Unternehmensanteilen an. Die neue Erbschaftsteuer muss die Unternehmensnachfolge und unsere Familienunternehmen sichern – und damit auch die vielen Arbeitsplätze.

Nicht nur national, auch in Europa wartet ein Berg von Aufgaben. Das junge Jahr wird für die Währungsgemeinschaft zum Schicksalsjahr. Die Zentrifugalkräfte in Europa nehmen zu. Jetzt sind eigentlich Solidarität und Kooperation wichtiger als je zuvor – aber wir erleben leider Abschottung und den Rückzug in nationale Wagenburgen. Damit löst sich kein einziges Problem: Jegliche Form von Nationalismus führt nicht zu mehr Wohlstand, sondern vernichtet Wohlstand.

Wir in Europa brauchen einander – in der Flüchtlingskrise und in politisch sensiblen Fragen. Dazu zählt ein fairer Deal zwischen Großbritannien und der EU. Die Briten sind entscheidend, wenn es darum geht, den Binnen-

markt zu vertiefen, Zugang zu neuen Märkten zu erschließen und für Reformen einzustehen. Aber der Brexit würde nicht nur den Europäern schaden, sondern vor allem den Briten selbst. Sie haben die besten Aussichten inmitten des EU-Binnenmarktes mit seinen gut 500 Millionen Verbrauchern.

Europa sollte alle Chancen nutzen, die künftiges Wachstum und Stabilität bieten. Wir brauchen dringend einen besser funktionierenden Binnenmarkt für Güter, insbesondere Dienstleistungen, für Energie und für die digitale Wirtschaft. Wir setzen auf den zügigen Ausbau unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den USA – im Rahmen des Freihandelsabkommens TTIP.

Ich meine: Bis zum Jahresende sollten die Eckpfeiler des Abkommens stehen. Die öffentliche Debatte hat sich gelohnt. Die großen Chancen und der Rahmen von TTIP sind nun deutlich klarer. Dadurch wird sich die Qualität des entstehenden Abkommens verbessern. Jetzt müssen die Verhandlungen endlich Fahrt aufnehmen. Der Abbau von Handels- und Investitionsbarrieren im transatlantischen Markt sichert und schafft Arbeitsplätze – zum einen. Zum anderen ist TTIP strategisch überfällig. In diesen krisengeprägten Zeiten und mit Blick auf die globalen Machtverschiebungen schafft eine gestärkte transatlantische Partnerschaft einen stabilen Anker.

TTIP ist unsere Gelegenheit, gemeinsam die Regeln und Standards für die Zukunft der Weltwirtschaft zu entwickeln. Das werden wir Deutschen auch Präsident Obama im April persönlich auf der diesjährigen Hannover Messe mitteilen. Er sendet ein starkes Signal, indem er wieder in unser Land kommt.

Die Wirtschaft bleibt robust, aber unsere Stärke ist angreifbar. Politische Führung heißt, Lösungen anzubieten, die das Land zukunftsfest machen. Realismus, nicht Populismus muss die Leitlinie sein. Das erwartet die Wirtschaft von der Politik. Trotz aller kommenden Wahlkämpfe darf sich die Politik nicht mit sich selbst beschäftigen, sie muss sich vielmehr mit den zahlreichen Herausforderungen und Problemen beschäftigen und sie lösen.